

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Innenausschuss  
Frau Barbara Ostmeier  
Vorsitzende  
Düsternbrooker Weg 70  
24103 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/1458

23.10.18

**Schriftliche Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

**b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung zur Aufnahme des Rechts auf angemessenen Wohnraum**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD – Drucksache 19/813

**Stellungnahme der ARGE-SH Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen GmbH**

Sehr geehrte Frau Ostmeier,  
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Gelegenheit zu einem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

Als Wohnungsbauinstitut des Landes Schleswig-Holstein und Bauforschungseinrichtung der Bundesrepublik Deutschland mit der Schwerpunktaufgabe *Grundlagen für den Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen*, sind wir verständlicherweise an allen Themen und Verfahren interessiert, die *die Realisierung von angemessenem Wohnraum erleichtern*.

Unsere Kernkompetenz liegt dabei in der Beurteilung, Bewertung und Beratung der bauwirtschaftlichen, bautechnischen und planerischen und sozialen Rahmenbedingungen im wohnungswirtschaftlichen Zusammenhang. Selbstverständlich gehört dazu auch die fachliche Auseinandersetzung mit dem ordnungsrechtlichen Rahmen, zum Beispiel den entsprechenden Normen, Vorschriften und Gesetzen wie zum Beispiel der Landesbauordnung, zu der wir in enger Kooperation mit der Landesregierung und in Stellungnahmen für den Schleswig-Holsteinischen Landtag regelmäßig Position beziehen.

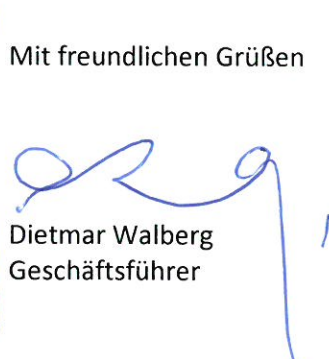
Inwieweit die Aufnahme des Rechts auf angemessenen Wohnraum in die Schleswig-Holsteinische Landesverfassung zu einer grundsätzlichen Verbesserung der Situation für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum beiträgt, entzieht sich unserer Beurteilungskompetenz. Es mag dazu beitragen, dass eine Bewusstseinsklärung aller gesellschaftlich relevanten Interessengruppen und

Vertreter für das wichtige Thema Wohnungsbau stattfindet. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass wir uns – das Land Schleswig-Holstein und die entsprechenden Institutionen wie die Investitionsbank Schleswig-Holstein und jede Landesregierung – im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern, über die vergangenen Jahrzehnte kontinuierlich mit Ausgestaltung der Rahmenbedingungen, Förderung und Realisierung von bezahlbarem Wohnraum beschäftigt haben.

Aus unserer Sicht wäre es wünschenswert, wenn alle demokratischen Parteien im Schleswig-Holsteinischen Landtag konsensual ein Bekenntnis für eine nachhaltige Sicherstellung der angemessenen Rahmenbedingungen für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums abgeben. In welcher Art dies geschieht, überlassen wir der Kreativität und dem Selbstverständnis der frei gewählten Abgeordneten unseres Landtags in Vertretung der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, für die das ausreichende Vorhandensein von Wohnraum in einer zukunftsfähigen, bezahlbaren und nachhaltigen Qualität ganz sicher von existenzieller Bedeutung ist.

Für Rückfragen stehen wir jederzeit selbstverständlich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dietmar Walberg  
Geschäftsführer